

MONITOR

RELIGION UND POLITIK

„Verfolgte Kirche“ in der Ukraine? – Kriegspropaganda, Kirchenkonflikt und globale Konsequenzen

Regina Elsner

- › Seit der Unabhängigkeit der Ukraine gibt es mehrere konkurrierende orthodoxe Kirchen im Land. Die Russische Orthodoxe Kirche versteht die Ukraine und Belarus als ihr kirchliches Territorium.
- › In den Konflikten zwischen den Kirchen kam es immer wieder auch zu gewaltsamen Angriffen, die Kirchenfrage wurde außerdem häufig politisch instrumentalisiert.
- › Die Behauptung Wladimir Putins, mit dem Krieg in der Ukraine auch Gläubige der orthodoxen Kirche schützen zu wollen, ist Kriegspropaganda, die jedoch auch von der Russischen Orthodoxen Kirche unterstützt wird.
- › Der Schutz „verfolgter Christen“ ist auch außerhalb der Ukraine zu einem bedeutenden Element der globalen Aktivitäten der Russischen Orthodoxen Kirche geworden, darum muss der Missbrauch des Arguments im Krieg alle Akteure für Religionsfreiheit sensibel in der Zusammenarbeit machen.

Inhaltsverzeichnis

Verfolgte Kirche?	2
Institutionalisierung des „Schutzes verfolgter Christen“	3
Militärische Intervention zum Schutz verfolgter Christen?	4
Globale Konsequenzen	5
Impressum	7
Die Autorin	7

Verfolgte Kirche?

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat neben humanitären, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Aspekten auch eine bedeutsame religiöse Dimension. Die Ideologie, die in den Erklärungen Waldimir Putins deutlich wird, ist seit vielen Jahren in enger Zusammenarbeit mit der Leitung der *Russischen Orthodoxen Kirche* (ROK) entwickelt worden. Ein Element dieser Ideologie ist die Vorstellung, in der Ukraine hätte es eine systematische Verfolgung der Gläubigen der *Ukrainischen Orthodoxen Kirche* (UOK) gegeben, ähnlich wie die angebliche Unterdrückung russischsprachiger Menschen. Dieses Argument ist nicht nur Teil der russischen Kriegspropaganda und instrumentalisiert die ukrainischen Gläubigen, es hat auch weitergehende Folgen im internationalen Einsatz für Religionsfreiheit.

Die religiöse Landschaft in der Ukraine ist spätestens seit der Unabhängigkeit des Landes komplex. Als Gebiet der Entstehung der russischen Orthodoxie im 10. Jahrhundert ist die *Russische Orthodoxe Kirche* seit Jahrhunderten die vorherrschende Religionsgemeinschaft. Allerdings entstanden durch verschiedene historische Grenzverschiebungen und Migrationen auch andere christliche sowie starke jüdische und muslimische Gemeinschaften. Durch den stalinistischen Terror mussten alle christlichen Konfessionen außer der ROK in den Untergrund fliehen, aber auch Gläubige der ROK wurden verfolgt und unterdrückt. Mit der Unabhängigkeit der Ukraine und der rechtlichen Garantie von Religions- und Gewissensfreiheit kehrten viele Religionsgemeinschaften zurück, was auch zu Konflikten führte.

In den 1990er Jahren gab es viele – auch gewaltsame – Auseinandersetzungen um Kirchengebäude zwischen der *Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche* (UGKK) und der UOK, die zum Moskauer Patriarchat gehört. 1992 spaltete sich die *Ukrainische Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats* ab, da der Moskauer Patriarch der Kirche in der Ukraine keine Unabhängigkeit verleihen wollte.

Die *Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats* blieb über viele Jahre die größte Religionsgemeinschaft (statistisch erfasst sind Gemeinden, über Umfragen gibt es Zahlen zur persönlichen Identifikation). Die Kirche des sogenannten *Kiewer Patriarchats* entwickelte eine starke ukrainische Identität, blieb jedoch kleiner und international isoliert, da sie von keiner anderen orthodoxen Kirche anerkannt wurde. Gleiches galt für die *Ukrainische Autokephale*

Orthodoxe Kirche, die sich bereits in den 1920er Jahren gegründet hatte und während der Sowjetunion nur im Ausland Gemeinden hatte.

Diese Lage der orthodoxen Kirchen führte unter anderem zu einer Politisierung der Kirchenfrage durch die jeweiligen politischen Führer. Je nach politischer Stimmung wurde die Kirche in Gemeinschaft mit Moskau oder aber die ukrainische nationale Kirche gefördert. Grundsätzlich blieb diese Spannung jedoch immer im gesetzlichen Rahmen. Es kam zu keinem Zeitpunkt zu einer gezielten staatlichen Verfolgung der ein oder anderen Religionsgemeinschaft oder zur Bildung einer Staatskirche. Allerdings förderte die staatliche Sympathie jeweils gesellschaftliche Stereotypisierungen.

Diese gesellschaftlichen Spannungen zwischen den Kirchen nahmen nach der russischen Annexion der Halbinsel Krim und der Unterstützung der sogenannten Separatisten im Osten der Ukraine 2014 rasant zu. Das Moskauer Patriarchat hatte sich zu keinem Zeitpunkt von diesen Verletzungen der souveränen Grenzen der Ukraine durch den russischen Staat distanziert. Die Haltung Moskaus ließ die UOK als Instrument russischen Einflusses in der Ukraine, als ein verlängerter Arm des Aggressors erscheinen. Und tatsächlich gab es vereinzelte Fälle, in denen Priester oder Bischöfe eindeutig die russische Position unterstützten. Der gesellschaftliche und politische Druck auf die UOK nahm zu und auch vereinzelte Akte von Vandalismus gegen die Kirche.

Die Gründung der *Orthodoxen Kirche der Ukraine* (OKU) im Herbst 2018 als Zusammenschluss des *Kiewer Patriarchats* und der *Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche* sowie die Anerkennung dieser Kirche als unabhängige Kirche der Ukraine 2019 geschah gegen den ausdrücklichen Willen Moskaus.¹ Der Prozess der Erteilung der Unabhängigkeit als Teil des Wahlkampfes von *Petro Poroshenko* war stark politisiert und verstärkte die gesellschaftliche Wahrnehmung, dass die UOK gezielt die ukrainische Unabhängigkeit in Frage stellen würde.

Der Prozess des möglichen Übertritts von Gemeinden oder Gläubigen zwischen den beiden Kirchen war administrativ relativ klar geregelt und verlief dennoch konfliktreich. Oft stimmten Personen darüber ab, die keine regelmäßigen Gottesdienstbesucher waren, nun aber das Schicksal der Gemeinde mitbestimmen wollten. Vereinzelt wurden Kirchen gewaltsam besetzt, Priester wurden bedroht oder es wurde Druck aus der Ortsverwaltung auf die Gemeinde ausgeübt, in einigen Fällen wurden die Listen der Wahlberechtigten gefälscht.² Schließlich gab es Gesetzentwürfe, die eine Umbenennung der Kirche erzwingen wollten, da sich ihr Zentrum in einem Aggressorstaat befindet.³

Gleichzeitig blieb die UOK die stärkste Religionsgemeinschaft in der Ukraine, sie verzeichnete zwischen 2019 und 2021 sogar einen Zuwachs an Gemeinden. Darüber hinaus nahm sie gleichwertig an allen Verhandlungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften sowie an öffentlichen Festakten teil. In den vom *Ukrainischen Rat der Kirchen* und religiösen Organisationen besprochenen Themen kam und kommt eine angebliche systematische Verfolgung oder Ungleichbehandlung der UOK nicht vor, allerdings die Unterdrückung aller anderer Religionsgemeinschaften in den von Russland besetzten Gebieten.⁴

Institutionalisierung des „Schutzes verfolgter Christen“

In der Öffentlichkeitsarbeit des *Moskauer Patriarchats* wurden die Fälle von Übergriffen auf Gemeinden der UOK ausführlich dokumentiert. Es wurde eine Rechtsabteilung⁵ in Kiew, die bereits 2013 eingesetzt worden war, aktiviert, die nun Fälle dokumentierte, Rechtsberatung leistete und vor allem regelmäßig bei europäischen Gremien auf die Verletzungen der

Religionsfreiheit in der Ukraine hinwies. Die ROK hat seit 2006 eine eigene Vertretung beim Europarat, die 2015 eine eigene Homepage zum Monitoring der Religionsfreiheit in Europa erstellte.⁶ Die Masse der dort präsentierten Verletzungen betrifft die UOK, daneben gibt es einzelne Fälle von Vandalismus in anderen europäischen Ländern und Gerichtsverfahren zum Thema religiöser Symbole im öffentlichen Raum und Meinungsfreiheit bei Fragen der sexuellen Selbstbestimmung. Seit 2017 ist die UOK mit einem eigenen Vertreter, Bischof Viktor (Kotsaba), bei den Europäischen Institutionen vertreten und berichtet regelmäßig, etwa der OSCE, über Verletzungen der Religionsfreiheit in der Ukraine. Das Außenamt der ROK selbst verstärkte gleichzeitig seine öffentlichen und weltweiten Einsätze gegen die Verfolgung von Christen in Afrika und in Syrien, so dass das Thema verfolgter Christen im internationalen, interreligiösen und ökumenischen Kontext eng mit dem Engagement der ROK verknüpft wurde.

Durch die institutionelle Stärkung des Themenfelds entsteht der Eindruck eines systematischen Vorgehens öffentlicher Strukturen gegen die UOK in der Ukraine. Ein solcher Eindruck entspricht nicht dem tatsächlichen Ausmaß der Fälle von Vandalismus und lokalem administrativen Druck, allerdings sind diese Einzelfälle auch das stärkste Argument gegen eine vollständige Entkräftung der These einer „Kirchenverfolgung“ in der Ukraine. Erschwerend kommt hinzu, dass keine Organisation oder staatliche Struktur in der Ukraine die Vorwürfe systematisch widerlegt hat oder entsprechende juristische Prozesse dokumentiert wären. Die internationalen Monitoring-Berichte haben die Darstellungen der UOK nur in recht allgemeinen Formulierungen aufgenommen, im Unterschied zu den sehr konkreten Repressionen gegen Religionsgemeinschaften auf der okkupierten Halbinsel Krim oder in den sogenannten Volksrepubliken in der Ostukraine.⁷ Viele Vorwürfe der UOK bleiben so offen und können oft nicht mehr nachverfolgt oder verifiziert werden. Der Eindruck einer staatlich unterdrückten Kirche bleibt so als Mythos im öffentlichen Raum.

Militärische Intervention zum Schutz verfolgter Christen?

Wladimir Putin setzte in seiner Rede am 21. Februar 2022, drei Tage vor dem Einmarsch in die Ukraine, sehr bewusst die angebliche staatliche Verfolgung von Gläubigen der UOK als Teil seiner Propaganda ein. Das Argument folgt derselben Logik wie die Rede vom „Genozid“ an der russischsprachigen Bevölkerung und der Plan einer „Entnazifizierung“⁸ der Ukraine. Nach dieser Propaganda-Erzählung herrschen in der Ukraine nationalistische Gruppierungen, die besonders den Osten des Landes unterdrücken und gezielt alles Russische vernichten wollen. Die Kirche des Moskauer Patriarchats wird als Teil dieses genuin „Russischen“ verstanden, was in sich bereits auf eine problematische Bindung der Kirche an ein nationales Selbstverständnis hinweist und innerhalb der Orthodoxie als „Ethnophyletismus“⁹ kritisiert wird.

Im Fall Russlands ist diese politische Orthodoxie Teil einer Ideologie, die Staat und Kirche in den vergangenen 20 Jahren gemeinsam konstruiert haben. Kern dieser Ideologie ist die Vorstellung einer russischen, orthodoxen Zivilisation, die durch bestimmte Wertevorstellungen geprägt ist und neben Russland vor allem auch die Ukraine und Belarus umfasst. Sie dient aber auch Menschen weltweit als Bezug, die sich diesen Wertevorstellungen zugehörig fühlen. Dieses Konzept wird auch als „Russische Welt“¹⁰ bezeichnet. Die ROK hat bis 2014 großen Wert daraufgelegt, dass diese gemeinsame Welt keine nationalen Grenzen in Frage stellt, sondern als geistliche Einheit verstanden wird. Mit der Annexion der Krim ist dieser Konsens zwischen Staat und Kirche beendet, das Konzept der „Russischen Welt“ wird seitdem kaum noch verwendet.

Die Idee dahinter hat jedoch ihre Relevanz nicht verloren, wie die Reden von Wladimir Putin, aber auch von Patriarch Kirill seit Kriegsbeginn aufzeigen. Darin werden sowohl die Selbständigkeit der Ukraine als Nation und souveräner Staat als auch der ukrainischen Orthodoxie als Kirche mit

einer eigenen – ukrainischen – Identität negiert. Der Besitz- und Deutungsanspruch Russlands und der ROK gegenüber der Ukraine hat mit dem Krieg in der Ukraine zum ersten Mal existentielle Folgen für Millionen Menschen. Während die UOK jedoch in den vergangenen Jahren diesem Deutungsanspruch nicht widersprochen hat und ihn durch das Bestehen auf der geistlichen Verbindung zwischen den Ländern unterstützt hat, hat sich die Situation seit Beginn des Krieges deutlich verändert.

Das Argument Putins und der ROK, dass in der Ukraine orthodoxe Gläubige geschützt werden müssen, hat sich maßgeblich auf die Berichte der UOK gestützt. Dabei ist schon die geografische Dimension fragwürdig. Die Karte der Rechtsabteilung der UOK dokumentiert ausschließlich Fälle im Westen der Ukraine, drei östlich von Kiew und einen Fall in der Region Odessa.¹¹ Laut Russlands Propaganda wären aber besonders die Gläubigen im Donbas von Verfolgung und Unterdrückung bedroht.

Seit Kriegsbeginn tauchen Berichte und Stellungnahmen der UOK auf den Homepages der ROK nicht mehr auf. Die UOK selbst hat das Monitoring der Rechtsverletzungen vor Kriegsbeginn eingestellt und die Kirchenleitung, vor allem Metropolit Onufryi, haben sich deutlich gegen den russischen Krieg und für die Integrität der Ukraine ausgesprochen. Zahlreiche ukrainische Bischöfe haben aufgrund der fehlenden Solidarisierung durch die russische Kirchenführung die Nennung des Patriarchen in der Liturgie aufgehoben. Ukrainische Priester und Bischöfe dokumentieren in den sozialen Netzwerken die Zerstörung ihrer Kirchen und sozialen Einrichtungen.

Nichts von all diesen Nachrichten erscheint in der öffentlichen Darstellung der Lage in der Ukraine durch das Moskauer Patriarchat. Obwohl Patriarch Kirill in jeder Predigt und Stellungnahme seit Kriegsbeginn sein besonderes Gebet für Metropolit Onufryi unterstreicht, wurden dessen Stellungnahmen und Hilferufe nicht erwähnt. Im Gegenteil werden die Opfer des Krieges nach wie vor westlichen „bösen Kräften“ zugeschrieben, so dass in Zukunft und bei einer fehlenden Aufarbeitung der Kriegsverbrechen die Gefahr besteht, dass die ukrainischen Opfer als „Märtyrer für den Glauben“ durch die ROK missbraucht werden.

Globale Konsequenzen

Die blinde Zerstörungswut der russischen Armee und das Ignorieren der Opfer in der Ukraine als Opfer der russischen Armee ist das stärkste Argument gegen den Geltungsanspruch des „Schutzes verfolgter Christen“. Allerdings ist damit die Wirkmacht der Strategie der ROK, als Schutzmacht verfolgter Christen auch militärische Interventionen kirchlich zu legitimieren, nicht abgeschlossen. Die institutionalisierten Strukturen, die das Moskauer Patriarchat in den vergangenen Jahren aufgebaut hat, beziehen sich aktiv auch auf den Mittleren Osten und Afrika. Ein Hinweis darauf ist die Tatsache, dass die Öffentlichkeitsarbeit des Moskauer Patriarchats seit Kriegsbeginn mehr Informationen über seine Aktivitäten zum Schutz von Gläubigen in Afrika und in Syrien publiziert hat, als über die eigene Kirche in der Ukraine.

Die ROK hat mit ihrem globalen Einsatz für verfolgte Christen in den vergangenen Jahren eine Thematik besetzt, die im Ausräumen der verschiedenen Menschenrechte im internationalen Religionsmonitoring wenig Aufmerksamkeit erfahren hat. In den Allianzen zum Schutz verfolgter Christen, etwa mit der römisch-katholischen Kirche oder internationalen Religionsforen, wurde die ROK darum auch geschätzt, ohne gleichzeitig die destruktive und ideologische Kooperation mit dem russischen Militär zu beachten. Auch die russische Intervention in Syrien wurde durch die ROK als „heiliger Kampf“¹² legitimiert. In Afrika hat die ROK Anfang des Jahres eine eigene Parallelstruktur gegründet, nachdem sie sich seit vielen Jahren für die Religionsfreiheit der

Christen in Nordafrika und Äthiopien einsetzt und nun eine Zuflucht für orthodoxe Gläubige sein möchte, die der Unabhängigkeit der OKU nicht zustimmen.

In den Berichten zur Verfolgung von Christen in aller Welt betont die ROK seit vielen Jahren, dass auch die liberale Kultur des Westens eine Bedrohung für Christen darstelle, welche die ROK in Gemeinschaft mit anderen traditionellen Religionen abwehren müsse. Gleichzeitig hat die wachsende Nähe der ROK zum russischen Militär unterstrichen, dass eine Verteidigung von Wertvorstellungen auch mit Waffengewalt eine kirchlich denkbare Option ist.

Die Ideologie, die hinter dem Argument der verfolgten Christen steht, verdient eine breitere Aufmerksamkeit, denn sie löst sich von den geografischen Grenzen der „Russischen Welt“ und unterwandert gleichzeitig die Menschenrechtsagenda internationaler Akteure. Die Verfolgung von Religionsgemeinschaften ist ein ernstzunehmendes Problem in verschiedenen Teilen der Welt, es ist jedoch kaum auf die ideologische Strategie der ROK im Sinne eines Kulturkampfes zu reduzieren. Der Krieg in der Ukraine macht deutlich, welche fatalen Folgen dieser angebliche Schutz durch die ideologische Verknüpfung mit der russischen Armee haben kann.

¹ Thomas Bremer: Schisma mit Folgen, <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/ukraine-schisma-mit-folgen>, zuletzt abgerufen: 25.03.2022.

² Vgl. die Dokumentation der Rechtsabteilung der UOK www.law.church.ua, zuletzt abgerufen: 25.03.2022.

³ Nachrichtendienst Östliche Kirchen: Ukraine: Protestaktion der UOK gegen Diskriminierung, 17.6.2021, <https://noek.info/nachrichten/osteuropa/ukraine/2010-ukraine-protestaktion-der-uok-gegen-diskriminierung>, zuletzt abgerufen: 25.03.2022.

⁴ In den gesammelten Dokumenten des Rates von 1996 bis 2021 sind alle Erwähnungen einer Verfolgung von Christen entweder auf die Meinungsfreiheit gegen sexuelle Selbstbestimmung, oder aber auf Verfolgungen in den besetzten Gebieten im Donbas und auf der Krim sowie in anderen Erdteilen bezogen. Vgl. Sekretariat UCCRO: Zbirnik Dokumentiv. 1996-2021. Kyiv 2021.

⁵ <https://law.church.ua/2014/02/26/zvit-pro-robotu-yuridichnogo-viddilu-ukrajinskoji-pravoslavnoji-cerkvi-u-2013-roci/#more-1264>, zuletzt abgerufen: 25.03.2022.

⁶ <http://orthodoxrights.org/>, zuletzt abgerufen: 25.03.2022.

⁷ USA Office of International Religious Freedom: 2020 Report on International Religious Freedom: Ukraine—Crimea. 12.5.2021, <https://www.state.gov/reports/2020-report-on-international-religious-freedom/ukraine/crimea/>, zuletzt abgerufen: 25.03.2022.

⁸ Dekoder: FAQ #1: Putins Angriffskrieg auf die Ukraine. <https://www.dekoder.org/de/article/putin-angriffskrieg-ukraine-faq#6>, zuletzt abgerufen: 25.03.2022.

⁹ Cyril Hovorun: Ethnophyletism, Phyletism, and the Pan-Orthodox Council. The Wheel, no. 12 (Winter 2018): 62–67.

¹⁰ Ulrich Schmid: Russkij Mir. Dekoder, 20.5.2016, <https://www.dekoder.org/de/gnose/russki-mir>.

¹¹ <https://www.google.com/maps/d/u/0/viewer?mid=1HrBio05NMx0iTYxVyXNA2naH0aRlyhZr&ll=49.59701404097821%2C30.645866982302913&z=6>, zuletzt abgerufen: 25.03.2022.

¹² Patriarch Kirill: Voina s terrorismom – svjashchennaja voina. 6.5.2016, <https://tass.ru/obschestvo/3263372>, zuletzt abgerufen: 25.03.2022.

Impressum

Die Autorin

Regina Elsner ist katholische Theologin und seit September 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) in Berlin. Ihre Forschung konzentriert sich auf die Sozialethik der orthodoxen Kirchen in post-sowjetischen Ländern. Regina Elsner ist Sprecherin der Fachgruppe Religion der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und beratendes Mitglied der Ökumenekommission der DBK.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Richard Ottinger

Referent Internationaler Religionsdialog

Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3446

richard.ottinger@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).